

Das doppelte Ziel der deutschen Eurokrisenpolitik

Moritz Laurer und Timo Seidl

In seinen Memorabilien erzählt uns der antike Schriftsteller Xenophon die Geschichte des jungen Herakles am Scheideweg. Sie handelt von der schicksalsschweren Wahl des unschlüssigen Helden, welchen zukünftigen Lebensweg er einschlagen sollte: den der Tugend oder den des Lasters. Auf Letzterem erwartet ihn ein müheloses Leben voller Annehmlichkeiten und Freuden, das allerdings bedeutungslos bleiben und in Vergessenheit geraten wird. Der Weg der Tugend verspricht hingegen ein entbehrungsreiches und beschwerliches Leben, das jedoch auf lange Sicht mit Ehre, Bewunderung und Größe belohnt wird. Die Pointe der Geschichte ist, dass ein lasterhaftes Leben zwar kurzfristige Zufriedenheit ermöglichen mag, langfristiges Glück und dauerhafte Bedeutung aber nur auf dem Pfad der Tugend zu erlangen sind.

Wenn es nach der deutschen Kanzlerin geht, dann hat die gegenwärtige Krise der Europäischen Währungsunion Europa ebenfalls an einen „Scheideweg“ geführt. In den Augen der Bundesregierung hängen zukünftiges Wohl und Wehe der europäischen Nationen entscheidend davon ab, ob diese sich im Angesicht der Krise für den Weg politischer und ökonomischer Bequemlichkeit oder für den Tugendpfad einer ebenso ambitionierten wie spezifischen Reformpolitik entscheiden. In dieser Lesart ist die Krise nicht nur eine Gefährdung der europäischen Errungenschaften der Vergangenheit, sondern vielmehr noch ein prospektives Ereignis, an dem die Weichen für Europas Zukunft in einer globalisierten und zunehmend multipolar strukturierten Weltordnung auf lange Sicht gestellt werden. Nicht die Eurokrise selbst, so scheint es, ist das eigentliche Problem, sondern der relative Bedeutungs- und Wohlstandsverlust der europäischen Nationen, dessen Symptom und Fanal sie ist.



Moritz Laurer, geb. 1991, Studierender der Politikwissenschaft an der Universität Augsburg. moritz.laurer@web.de

* Dieser Artikel ist eine pointierte Zusammenfassung eines von den Autoren durchgeführten Forschungsprojekts an der Universität Augsburg. Der ursprüngliche Forschungsbericht basiert auf einer empirisch-qualitativen Analyse von Regierungs-, Oppositions- und Mediendokumenten im Zeitraum von 2010 bis 2012.

Für die Bundesregierung, in deren Wahrnehmung Deutschland mehr denn je auf Europa „als Rahmen seiner weltpolitischen Selbstbehauptung angewiesen“ ist,¹ führt die Krise also vor allem die Notwendigkeit vor Augen, Europa „zukunftsstauglich“ zu machen – und sie schafft zugleich die Voraussetzungen dafür. Die Refinanzierungsprobleme der Krisenländer und die ökonomische Stärke der Bundesrepublik ermöglichen und begründen eine Reform der Europäischen (Währungs-) Union, die aus Sicht der Bundesregierung, so unsere These, einer doppelten Zielsetzung gerecht werden muss: nämlich erstens, Europas Einfluss in der Welt zu sichern, ohne hierbei jedoch, zweitens, Deutschlands Einfluss in und auf Europa zu gefährden. Der konkrete Kurs, der dabei verfolgt wird, zeichnet sich durch eine gegenläufig-komplementäre Bewegung aus: einerseits vertiefte wirtschaftliche Integration in Richtung einer Stabilitäts- und Wettbewerbsunion, andererseits (Re-)Intergovernmentalisierung der europäischen Politik in Form eines Europas der Regierungen.

Eine Stabilitäts- und Wettbewerbsunion

Leitstern der deutschen Eurokrisenpolitik ist spätestens seit dem Frühjahr 2010 die langfristige und dauerhafte Umgestaltung der Eurozone in eine sogenannte Stabilitäts- und Wettbewerbsunion. Macht man sich daran, die diesem Transformationsvorhaben zugrunde liegende Problemwahrnehmung aufzuspüren, so stellt man fest, dass sich die diesbezüglichen Reformmaßnahmen durch die Annahme einer grundlegenden „Vertrauenskrise“ (Angela Merkel) in die Globalisierungstauglichkeit Europas begründen. Den Hintergrund dieser Annahme bildet die Wahrnehmung einer intensivierten Staaten- und Regionenkonkurrenz im Zuge der Multipolarisierung des internationalen Systems hin zu einem „dezentrierten Globalismus“².

In der Wahrnehmung der Bundesregierung spielt sich diese Entwicklung allerdings weniger auf geopolitischem als auf (geo-)ökonomischem Terrain ab – als Wirtschafts- statt als Rüstungswettlauf gewissermaßen. Das Deutungsreservoir, aus dem sich dieses „Welt-Verständnis“ speist, könnte man als agonistischen



Timo Seidl, geb. 1992,
Studierender der Politik-
wissenschaft an der
Universität Augsburg.
timo.seidl@outlook.com

1 Müller-Brandeck-Bocquet 2012, S. 120.

2 Buzan 2012.

Ökonomismus bezeichnen. Dahinter verbirgt sich die doppelte Annahme, dass politische Durchsetzungskraft in der Gegenwart mehr noch als in der Vergangenheit von wirtschaftlicher Schlagkraft abhängt, wirtschaftliche Schlagkraft allerdings zugleich als relatives Gut immer umkämpfter wird, sobald neue Mächte auf die internationale Bühne und in Konkurrenz zu den etablierten treten und das globale Kapital immer wählerischer wird, weil es immer stärker die Wahl hat.

Wer in einer solchen Welt ein Wörtchen mitreden will – von Handelsfragen bis hin zu solchen von Krieg und Frieden –, der muss zunächst ein wirtschaftliches Schwergewicht sein.³ Da wirtschaftliches Gewicht jedoch dem Produkt aus Wettbewerbsfähigkeit *und* Größe des eigenen Wirtschaftsraumes entspricht, steht die Bundesregierung vor dem Problem, zu klein zu sein, um selbst genügend davon auf die weltpolitische Waage zu bringen. Nur mit dem europäischen Wirtschaftsraum im Rücken ist die Bundesrepublik in der Lage, der weltpolitischen Marginalisierung als führendes Glied eines regionalen europäischen Machtpols zu entgehen. Europa wird so gewissermaßen zum „Verstärker“ der deutschen Interessen in einer von regionalen Polen dominierten Welt: „EU-Integration und Euro sind nicht mehr Ziel deutscher Politik an und für sich, sondern Grundlage dafür, dass Deutschland als geoökonomische Macht mit globalen Interessen agieren kann.“⁴ Dafür ist es allerdings erforderlich, dass Europa nicht nur groß bleibt, sondern auch global wettbewerbsfähig wird.

Dies setzt aus Sicht der Bundesregierung voraus, dass die (anderen) europäischen Regierungen ihre Volkswirtschaften marktkonform(er) gestalten, sich also nicht nur im demokratischen, sondern auch im ökonomischen Sinne „responsiv“ verhalten. Stabilität im Sinne der (verfassungs-)rechtlichen Sicherstellung der Bedienung öffentlicher Kredite und Wettbewerbsfähigkeit im Sinne einer gleichzeitigen Ausweitung und Isolierung des Marktes gegenüber der Politik werden in der Folge zu vorrangigen politischen Zielen.⁵ Hier liegt der Kern



Weiterlesen:
Deutsche Außenpolitik kontrovers
WeltTrends 96

3 Die wirtschaftsfreundliche Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung kann daher nicht einfach auf die wirtschaftshörige Haltung der deutschen politischen Eliten zurückgeführt werden; vielmehr muss sie als Ausdruck des symbiotischen Verhältnisses zwischen den globalen Profitinteressen der deutschen Wirtschaft und den globalen Gestaltungsinteressen der deutschen Politik gesehen werden.

4 Crome 2014, S. 36.

5 Vgl. Streeck 2013.

des deutschen Programms einer Stabilitäts- und Wettbewerbsunion, wobei die Maxime gilt: eine so schnelle und kostensparende Transformation Europas wie möglich, so viele kurzfristige Kompromisse wie nötig.

Ordoliberaler Diagnose, ordoliberaler Therapie

Angesichts des radikalen und tief greifenden Charakters der deutschen Therapie stellt sich unweigerlich die Frage, woraus sich die zugrundeliegende Diagnose speist. Ein agonistisch-ökonomistisches Verständnis von internationaler Politik und Wirtschaft reicht weder aus, um daraus konkrete Reformmaßnahmen abzuleiten, noch um diesen Reformen die politisch-moralische Legitimität zu geben, die sie in den Augen der Bundesregierung (und vieler Deutscher) zu genießen scheint. Wir glauben daher, dass sich das Handeln der Bundesregierung während der Eurokrise nicht ohne Rückgriff auf die tief in der politischen und wirtschaftlichen Kultur der Bundesrepublik verankerten Ideenbestände des Ordoliberalismus verstehen lässt, wenngleich es Unterschiede in der ordoliberalen Ausrichtung und -bildung zwischen den Parteien in Rechnung zu stellen gilt.⁶

Ordoliberaler Ideen fungieren dabei zunächst als kausalanalytische Verarbeitungsmuster, mithilfe derer die Bundesregierung überhaupt erst in die Lage versetzt wird, Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge zu identifizieren und aus der Vielzahl möglicher Handlungsoptionen konkrete Problemlösungskonzepte auszuwählen.⁷ In der Wahrnehmung der Bundesregierung resultieren die Probleme der Krisenstaaten aus Problemen *in* den Krisenstaaten, weshalb die Lösung nirgendwo sonst zu suchen sei. Die unablässige Betonung des Prinzips der Eigenverantwortlichkeit und das penibel-pedantische Drängen auf eine Einhegung des staatlichen Spielraumes in der Wirtschafts- und Haushaltspolitik ist nicht einfach nur der Versuch, Kosten abzuwälzen oder Verantwortung zu verschleiern, sondern vor allem die konsequente Anwendung einer ordoliberalen Therapie auf eine ordoliberaler Diagnose. Die von vielen Seiten kritisierte Austeritätspolitik ist insofern nicht lediglich Ausdruck



Weiterlesen:
Militärmacht Deutschland?
WeltTrends 56

6 Vgl. Dullien / Guérot 2012.

7 Vgl. Bierbricher / Vogelmann 2014, S. 9f.

deutscher Knauserigkeit, sondern notwendiges Übel auf dem Weg der wirtschafts- und haushaltspolitischen Umerziehung der entsprechenden Gesellschaften.

Ordoliberalen Reformen sind aus Sicht der Bundesregierung allerdings nicht nur kausalanalytisch zielführend, sondern weisen darüber hinaus eine gewissermaßen moralische Dimension auf. So macht es in Berlin nicht selten den Anschein, als verstehe man Austerität dort als moralisch gerechtfertigtes Sühne- und Läuterungsprogramm für eigenverantwortlich gescheiterte Gesellschaften. Technisch-makroökonomische Fehlentwicklungen als Problemerkklärung rücken zugunsten des „Über-die-Verhältnisse-Lebens“ monistischer Kollektive („Die Griechen“) in den Hintergrund. Gleichzeitig werden die reformpolitischen Maßnahmen in Deutschland – von der Lohnzurückhaltung bis zur Schuldenbremse – zum Tugendpfad *vernünftiger* Politik stilisiert – und können schon allein deswegen auf lange Sicht keine negativen Auswirkungen auf die Nachbarländer haben.



Weiterlesen:

Neue deutsche Außenpolitik?

WeltTrends 21

Es gilt zwar davor zu warnen, die Erklärungskraft des Ordoliberalismus auf Kosten machtpragmatischer und innenpolitischer Überlegungen zu sehr zu betonen oder der Bundesregierung eine allzu konsistente und von Beginn an vom Ende her denkende Krisenbewältigungsstrategie zu unterstellen. Zweierlei lässt sich jedoch feststellen: Zum einen ist die Bundesregierung davon überzeugt, dass die Überführung ordoliberaler Prinzipien in die institutionelle Ordnung der Stabilitäts- und Wettbewerbsunion die beste Antwort auf die drohende Marginalisierung Europas sei. Zum anderen, dass dieses Ziel – allen Unkenrufen vom Mangel an Führungsstärke, strategischer Vision und „proeuropäischer“ Gesinnung zum Trotz – mit erstaunlicher Geradlinigkeit verfolgt und von nicht unerheblichen Integrationsfortschritten begleitet wurde.

Ein Europa der Regierungen

Diese beschränken sich allerdings auf den Bereich wirtschaftlicher Integration bzw. auf die Implementierung, Überwachung und Sanktionierung der Stabilitäts- und Wettbewerbsunion. Statt der Entstehung eines europäischen Superstaates ließ und lässt sich eindrucksvoll beobachten, wie 27 (heute 28) nationale Egoisten am Tisch des europäischen Rates die europäische

(Krisen-)Politik lenk(t)en.⁸ Europa bleibt weiterhin in den Händen der nationalen Regierungen, die sich selbige lediglich wirtschafts- und haushaltspolitisch gebunden haben. Die Kanzlerin wies daher auch nicht zufällig darauf hin, dass man „nicht alles in Brüssel machen“ müsse und sich die europäischen Institutionen auf die „Koordination der Wettbewerbsfähigkeit“ konzentrieren sollten. Kurz: Den wirtschaftlichen Integrationsstrümpfen fehlt es an einer politischen Entsprechung.⁹

Dies scheint uns allerdings weder paradox noch temporär zu sein, sondern vielmehr komplementär. Denn während die ökonomische Supranationalisierung der glaubhaften Sicherstellung einer an fiskalischer Stabilität und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit orientierten Politik in Europa dient, ermöglichen intergouvernementale Entscheidungsverfahren den nationalen Regierungen die Kontrolle über dieses Europa. Sie erlauben es den Mächtigeren unter ihnen – und damit vor allem der Bundesregierung –, ihre informelle Verhandlungsmacht zu nutzen, um den eigenen globalen Gestaltungsinteressen über den effektiven, weil ökonomisch starken europäischen Hebel globale Geltung zu verschaffen.¹⁰

Zwei Bedenken

Der außenpolitische Pfad, den die Bundesregierung am Scheideweg der Eurokrise eingeschlagen hat, scheint über Europa hinaus in die weite Welt zu weisen.¹¹ Zwei Aspekte dieser Entwicklung geben uns dabei zu denken: Zum einen sind dies die aus der „halbhegemonialen Stellung“ Deutschlands (Jürgen Habermas) resultierenden Gefahren für die europäische (Gleichgewichts-)Politik. Diese erscheinen der Bundesregierung angesichts der daraus erwachsenden Möglichkeiten im Bereich der Welt(-gleichgewichts-)politik offenbar als zunehmend vernachlässigbar.¹²

8 Vgl. Gammelin/Löw 2014.

9 Vgl. Techau 2013.

10 Diese Gestaltungsinteressen können mit ökonomischen oder diplomatischen Mitteln verfolgt werden, müssen es aber anscheinend nicht mehr unbedingt. Die Debatte um die „neue internationale Verantwortung“ der Bundesrepublik zeigt, dass das deutsche Interesse an einer „offenen Weltordnung“ (Joachim Gauck) inzwischen offenbar auch den Einsatz militärischer Mittel nicht mehr ausschließt.

11 Diese Entwicklung im Bereich der Europapolitik scheint uns einen generellen Trend deutscher Außenpolitik widerzuspiegeln, nämlich den einer zunehmenden globalen Orientierung und Ausrichtung, wie er sich etwa in der Sicherheitspolitik in dem Wunsch spiegelt, „sich auf Augenhöhe“ mit den (militärisch) Mächtigen der Welt zu wissen und zu gerieren“ (Pradetto 2014, S. 88).

12 Vgl. Roos 2010, S. 124.

Die Bundesregierung macht jedenfalls im Moment nicht den Eindruck, als würde sie die beanspruchte und erwartete Führungsrolle in Europa in einer Weise einnehmen wollen, die „nicht auf Dominanz, sondern auf Vertrauensbildung und Interessenausgleich setzt“.¹³ Zum anderen ist dies die häufig aufgeworfene Frage nach der Demokratisierung Europas. Eine solche würde gegenwärtig nicht nur die Eckpfeiler der wirtschafts- und haushaltspolitisch entdemokratisierten Stabilitäts- und Wettbewerbsunion gefährden, sondern auch den potenziellen Einfluss der nationalen Regierungen auf Europa schwächen, indem sie die eigenständige Legitimationsbasis der europäischen Institutionen stärkt. Wenn die gegenwärtige deutsche Europapolitik allerdings einem ausbalancierten und demokratischen Europa entgegenstehen würde, wäre dies ein eindeutiges Indiz dafür, dass sie sich auf einem Irrweg befindet. 🌐

Literatur

- Bierbricher, Thomas / Vogelmann, Frieder: Die Zukunft Europas zwischen Demokratie und Kapitalismus. In: Politische Vierteljahresschrift 55(1), 2014, S. 1–17.
- Buzan, Barry: Dezentrierter Globalismus. Weltordnung ohne Supermächte. In: *WeltTrends* 86, 2012, S. 79–91.
- Crome, Erhard: Deutschland und die USA. Eine geopolitische Perspektive. In: *WeltTrends* 95, 2014, S. 29–38.
- Dullien, Sebastian / Guéro, Ulrike: The long Shadow of Ordoliberalism: Germany's Approach to the Euro Crisis. In: ECFR Policy Brief 49, 2012.
- Gammelin, Cerstin / Löw, Raimund: Europas Strippenzieher. Wer in Brüssel wirklich regiert. Econ, Berlin 2014.
- Misselwitz, Hans-Jürgen: Kurs auf die Welt. Deutschland auf der Suche nach seiner internationalen Rolle. In: *WeltTrends* 96, 2014, S. 51–58.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Deutschland und die Außen- und Sicherheitspolitik der EU. In: Meier-Walser, Reinhard C. (Hrsg.): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven. Hanns-Seidel-Stiftung, München 2012, S. 119–132.
- Pradetto, August: Strategische Orientierungslosigkeit. Humanitärer Anspruch, Opportunität und Prestigedenken. In: *WeltTrends* 97, 2014, S. 80–91.
- Roos, Ulrich: Deutsche Außenpolitik. Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010.
- Streck, Wolfgang: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Suhrkamp, Berlin 2013.
- Techau, Jan: Chancellor Merkel's Double Vision. In: New York Times, 19.09.2013. www.nytimes.com/2013/09/20/opinion/global/chancellor-merkels-double-vision.html?_r=0 (abgerufen am 17.07.2014).

13 Misselwitz 2014, S. 58.